



Feinde des Friedens.

Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern

Haimo Handl, Ludwig Watzal



Materialien, Heft 42; Jänner 2003

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen

1150 Wien • Stutterheimstraße 16–18/II/5 • Tel: +43-1/5267810 • Fax: +43-1/5267795 • <http://www.saar.at>

Der Nahostkonflikt nach dem 11. September: Steht den Palästinensern eine neue Vertreibung bevor?

Von Ludwig Watzal.

Die Anschläge in New York City und Washington am 11. September 2001 haben die Agenda in den internationalen Beziehungen von Grund auf verändert. Seither gilt die Bekämpfung des »internationalen Terrorismus« in all seinen Schattierungen als wichtigste Aufgabe internationaler Politik. Sollten aber nicht mit dem Blick auf das Verbrechen, auch die Ursachen des Terrorismus beseitigt werden? Aspekte sozialer Gerechtigkeit, der Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung sowie des Rechtes auf Selbstbestimmung sind nicht nur in Verruf geraten, sondern werden als Terrorismus gebrandmarkt, wie im Nahostkonflikt und in Tschetschenien zu beobachten ist. Die Terrorbekämpfung droht in eine Serie einseitig von Washington beschlossener Militäraktionen zu münden, die so genannte Anti-Terrorallianz mutiert darin zum bloßen Feigenblatt, sie wird zum Instrument US-amerikanischen Hegemonialstrebens. Die Ziele dieser Allianz wurden verändert und erweitert. Unilateralismus wie gehabt, ohne ernstgemeinte Konsultationen, aber dafür eingeforderte blinde Gefolgschaft.

Der Herausgeber von *Le Monde diplomatique*, Ignaci Ramonet, schrieb am 11. Oktober 2002 zur Souveränität der europäischen Staaten Folgendes: »Ein Imperium hat keine Verbündeten, es hat Vasallen. Diese historische Wahrheit haben die mei-

sten Mitgliedstaaten der EU offenbar vergessen. Obwohl sie im Prinzip souverän sind, lassen sie sich durch den Druck aus Washington in die Kriegsvorbereitungen gegen den Irak hineinziehen, mithin auf den traurigen Stand von Satelliten reduzieren (...). Viele führende Politiker Europas legen gegenüber den USA geradezu pudelhafte Reflexe an den Tag, eine Art vorseilenden Gehorsam, wie er sich für treu ergebene Vasallen geziemt. Dass sie gleichzeitig von nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie faseln, mag daher rühren, dass sie sich des Strukturwandels, der gerade auf der internationalen Bühne abläuft, nicht unbedingt bewusst sind. Doch haben sie in ihrem Denken schon die Grenze überschritten, die den Verbündeten vom Hörigen, den Partner von der Marionette unterscheidet. Als solche betteln sie darum, nach einem amerikanischen Sieg doch bitteschön ein paar Tropfen vom irakischen Öl abzukriegen.«

Militärisch definierte Sicherheit

Militärische Sicherheit wurde zur dominanten, wenn nicht sogar alleinigen Größe internationaler Politik. Die USA als Hypermacht bestimmen jetzt die politische Agenda und üben erheblichen Druck auf alle Beteiligten aus. Sie definieren, wer als Terrorist zu gelten hat und wer nicht, sprich



diese Terrordefinition nützt alleine amerikanischen Interessen und Opportunitätserwägungen. Wie sagte US-Präsident George W. Bush nach dem 11. September: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« – sprich für die Terroristen. Dies ist nicht nur arrogant, sondern nach dieser Logik werden die Staaten jetzt in einen Krieg gezwungen, den neben den USA nur Israel will. Diese Art der Terrorismusbekämpfung an der Seite autoritärer und diktatorischer Regime geht zu Lasten von Lösungen für vielschichtige regionale Konflikte. Es regte sich zwar in einigen arabischen Staaten und der EU Widerspruch gegen diese simple Sichtweise internationaler Politik, aber dieser ist seit der NATO-Tagung in Prag verstummt. Selbst Deutschland ist jetzt bereit, den USA bereitwillig zu folgen.

Israel nutzt »Krieg gegen den Terror« für seine Zwecke

Einer der ersten Staaten, die sich der von den USA ins Leben gerufenen »Anti-Terrorallianz« geradezu begeistert anschließen wollten, war Israel. Endlich, so schien es, verstanden die anderen Staaten das Anliegen Israels: den Widerstandskampf eines von militärischer Okkupation strangulierten Volkes als »Terrorismus« zu sehen.

Yassir Arafat mutierte zu Sharons bin Laden. Der israelische Ministerpräsident stellte eine Analogie zwischen den besetzten Gebieten und Afghanistan her (sprich mit der Autonomiebehörde und al-Qaida) und schlug eine Lösung für das »palästinensische Terrorproblem« á la Afghanistan vor. Die Enttäuschung unter der herrschenden Klasse in Israel war groß, als die USA die Mitgliedschaft des Landes in dieser Anti-Terrorallianz nicht wünschten. Dies bedeutete jedoch nicht, dass George W. Bush Sharon nicht freie Hand in der fortgesetzten Unterdrückung der Palästinenser gewährt hätte. Bush war nicht bereit und hatte keinerlei Interesse, Sharon bei dessen eigener Variante der »Terrorbekämpfung« entgegenzutreten. Über die Zurückweisung – nicht Mitglied dieser Anti-Terrorallianz sein zu dürfen – tief enttäuscht, verglich Sharon in einer Art »Black out« die Lage seines Landes mit derjenigen der Tschechoslowakei 1938. Die US-Führung sah ihm diesen Fehltritt nach, wie sie überhaupt zum Vandalismus und den Greueln des israelischen Militärs und den permanenten Völkerrechtsverstößen Israels schweigt. Seither führt sich Israel auf wie eine wildgewordene Kolonialmacht, deren Politik und »Ansprüche« auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-



International

Die Zeitschrift für internationale Politik

Ja, ich bestelle: Probeheft gratis
 Abonnement,
 jährlich € 25,-

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____

An: INTERNATIONAL, 1150 Wien, Stutterheimstraße 16-18/2/V



Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung und Freiheit kämpft. Israel ist es gelungen, der internationalen Staatengemeinschaft weiß zu machen, dies sei »Terrorismus« und dass der palästinensische Widerstand in einer Reihe mit den Feinden des Westens stehe. Wie verzerrt Sharons Sicht der Dinge ist, zeigt seine Einschätzung in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* vom 5. März 2002: »The PA (*Palestinian Authority L.W.*) is behind the terror, it's all terror. Arafat is behind the terror. Our pressure is aimed at ending the terror. Don't expect Arafat to act against the terror. We have to cause them heavy casualties and then they will know they can't keep using terror and win political achievements.« Konkret: Noch mehr Zerstörung und Tote werden zur Kapitulation Arafats und des palästinensischen Volkes führen.

»Saubere« Kriege?

Wie man diese Kapitulation erreichen will, zeigt die Analyse des Generalstabschefs Moshe Yaalon in *Haaretz* vom 30. August 2002, in der er die Palästinenser als ein »Krebsgeschwür« bezeichnet hat, und Israel nur mit »Chemotherapie« dagegen vorgehe. »Es gibt alle möglichen Lösungen für krebsartige Erscheinungen. Einige werden sagen, es ist notwendig, Organe zu amputieren. Aber im Augenblick betreibe ich Chemotherapie, ja.« Diese Terminologie liegt voll im Trend eines angeblich »sauberen« Krieges, in dem es nur noch »chirurgische« und »präzise« Eingriffe gibt. Tote tauchen da keine mehr auf. Nachdem Sharon von seinem letzten USA-Besuch nach Israel zurückkam, berichtete er, dass gegen das, was er im Verteidigungsministerium gehört habe, Benny Eitam, der Parteivorsitzende der Nationalreligiösen Partei (Mafdal) dagegen eine »weiße Taube« sei.

Eitam tritt offen für die Vertreibung der Palästinenser ein und hatte gefordert, dass man Marwan Barghouti anstatt zu verhaften, besser erschossen hätte!

Wie sich die Stimmung in den internationalen Beziehungen geändert hat, zeigt die Tatsache, dass Israel sein kolonialistisches Siedlungsabenteuer in den besetzten Gebieten mit brutaler Waffengewalt wider jedes Völkerrecht durchsetzen kann und die internationale Staatengemeinschaft dazu schweigt. Der so genannte »Krieg gegen den Terrorismus« hat auch die berechtigten Anliegen des palästinensischen Volkes völlig in den Hintergrund treten lassen. Ihr legitimer Widerstand gegen die militärische Besatzung wird ausschließlich in der Begrifflichkeit des Terrorismus gesehen und vermittelt.

Die Frage, ob es ein legitimes Widerstandsrecht gegen das brutale Besatzungsregime gibt, drängt sich zwangsläufig auf. Baruch Kimmerling, Professor für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem, begründete das palästinensische Widerstandsrecht am 27. März 2001 in der *Haaretz* wie folgt: »Since 1967, millions of Palestinians have been under a military occupation, without any civil rights, and most lacking even the most basic human rights. The continuing circumstances of occupation and repression give them, by any measure, the right to resist that occupation with any means at their disposal and to rise up in violence against that occupation. This is a moral right inherent to natural law and international law.« Dieses Widerstandsrecht wird noch durch die Vierte Genfer Konvention bestärkt, die einen Bevölkerungstransfer des Besatzers in besetzte Gebiete untersagt.

Israelische Besetzung ist primäre Ursache des palästinensischen Terrors

Selbstmordattentate, die unschuldige Bürger treffen, müssen unmissverständlich verurteilt werden; sie sind unmoralisch, und die Täter gehören hinter Gitter. Aber es ist ebenfalls nicht hinreichend, nur über palästinensischen Terrorismus zu sprechen und die Besetzung zu ignorieren. Beide sind keine Zwillingsbrüder, sondern Terrorismus ist er illegitime Abkömmling der Besetzung. Das heißt, die Ursache des palästinensischen Terrorismus ist nicht die Gewalt und der Terror der Palästinenser, sondern die brutale israelische Okkupation. Über deren Beendigung muss primär verhandelt werden, weil dann die Grundlage für die palästinensische Gegenwehr entfallen würde. Es gibt nach Völkerrecht eine Grundlage für Besetzung, aber für eine kurze, begrenzte Zeit und nicht für 35 Jahre; ebenfalls gibt es das Widerstandsrecht – und darum handelt es sich beim »palästinensischen Terrorismus«, aber nicht gegen unschuldige Personen. Beide Sachverhalte sind mörderisch: unschuldige Israelis werden Opfer des Terrors; unschuldige Palästinenser werden zu Opfern der Besetzung.

Eines der lächerlichsten Argumente, das von Teilen der israelischen politischen Klasse vorgetragen wird, lautet, dass die Okkupation den Israelis gegen ihren Willen aufgezwungen worden sei. Eigentlich seien die Israelis die Opfer der Besetzung. Diese Groteske wurde von Ariel Sharon in seiner Rede an das israelische Volk vom 21. Februar 2002 wieder vorgetragen. Mit der gleichen »Logik« hatte der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak nach der Zurückweisung seines

»großzügigsten Angebots« in Camp David an die Palästinenser argumentiert, man könne die Besetzung nicht beenden. Die einfache Tatsache lautet aber, dass Israel die palästinensischen Gebiete besetzt hält, weil es sie besetzt halten will. Israel will sich nicht zurückziehen, weil es das Land für sein kolonialistisches Siedlungsprojekt, für die Ausbeutung des Wassers, als billiges Arbeitskräfte-reservoir und Absatzmarkt für israelische Waren sowie aus strategischen Gründen benötigt. Israel will das Gebiet nicht annektieren, weil es den drei Millionen Palästinensern keine Staatsbürgerrechte geben will, d.h., Israel will das Land, aber möglichst ohne dessen Bewohner. Die Besetzung ist der einzige Weg, beide Ziele zu erreichen. Dabei kann Israel Yassir Arafat sowohl die direkte als auch die indirekte Besetzung anbieten: entweder akzeptiert Arafat die Besetzung oder er wird durch einen anderen »Politiker« ersetzt, der diese Bedingungen als palästinensisches »Ziel« akzeptiert. Moshe Dayan und Abba Eban hatten noch von einer »wohlwollenden oder aufgeklärten Besetzung« gesprochen. Jahrhunderte kolonialer Herrschaft haben aber gezeigt, dass es keine »aufgeklärte Besetzung« geben kann. Man kann kein Volk zum Wohle eines anderen unterdrücken, ohne Greuelthaten zu begehen.

Sharon ist an Beendigung des Terrors nicht interessiert

Völlig zu Recht fragt Lev Grinberg, Direktor des Humphrey Instituts für Sozialarbeit an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva, wer Sharon verhaftet wird, wenn er auch als Terrorist bezeichnet wird, der direkt für die Tötungsbefehle an Palästinensern verantwortlich ist? Zu Recht



hat die internationale Presse gefragt, ob Arafat unfähig oder unwillig ist, den Terror zu stoppen. Seit 22 Monaten ist nun Sharon Ministerpräsident Israels. Er hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um palästinensischen Terror zu bekämpfen, ohne moralische oder rechtliche Skrupel. Trotzdem gehen das Töten und der Terror weiter. Die Frage drängt sich geradezu auf, ob Sharon entweder unfähig oder unwillig ist, den Terror zu stoppen?

Einige Beispiele mögen zeigen, dass Sharon kein wirkliches Interesse an einem Ausgleich oder an einem Ende der Gewalt hat. Die israelische Tageszeitung Yedioth Achronot veröffentlichte am 24. Juli 2002 eine Einigung zwischen den Führern der Tanzim, Hamas und islamischem Jihad, nachdem Muhammad Dahlan mit Scheich Ahmad Yassin übereingekommen war, Selbstmordattentate in Israel zu stoppen. Eineinhalb Stunden nachdem die Einigung erzielt war, so der Bericht, liquidierte Israel Salah Shehadeh in Gaza-Stadt. Mitten in der Nacht wurde eine Bombe auf ein Wohnviertel abgeschossen, 14 Zivilisten wurden dabei getötet, darunter neun Kinder – über hundert Menschen wurden verletzt. Im November 2001 wurde der Hamas-Aktivist Mahmud Abu Hanoud ermordet, obwohl Hamas seit zwei Monaten keine Anschläge in Israel ausgeführt hatte. Bis heute hat die Sharon-Regierung über 80 »palästinensische Terroristen« ermorden lassen. Sie wurden regelrecht liquidiert, aus Apache-Kampfhubschraubern heraus wurden Autos beschossen. Ali Mustafa, der Parteichef der PFLP wurde aus seinem Schreibtischstuhl geradezu herausgebombt. Diese staatlich angeordneten Morde gehören vor ein internationales Strafgericht, da die israelische Regierung unwillig ist, die Täter zu bestrafen.

Doppelbödig Haltung der USA ...

Wie doppelbödig die US-amerikanische Regierung handelt, zeigt sich anhand der Kommentierung israelischer Anschläge und palästinensischer Terrorattacken. Wie die US-Regierung das Gaza-Bombardement kommentierte, zeigten die Doppelmoral und Einseitigkeit der USA: Der Sprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, erklärte: »Diese ungeschickte Aktion trägt nichts zum Frieden bei ..., obgleich man gewusst habe, dass Unschuldige als Konsequenz ihr Leben lassen wür-

den.« Der folgende Anschlag an der Hebräischen Universität wurde dagegen von Fleischer wie folgt kommentiert: »Dies war ein entsetzlicher Akt der Gewalt, ein schrecklicher Terrorakt.« Der Mangel an Wut oder an einer annähernden Ernsthaftigkeit, wenn palästinensische Zivilisten ermordet werden, ist augenfällig. Die Frage, wem dieser Terror nützt, drängt sich unweigerlich auf. Will man ein Klima der Angst solange aufrechterhalten, bis Bush den Irak angreift, um einen größeren Teil der Palästinenser zu transferieren? Der Journalist Gordon Thomas, ein Mann mit besten Beziehungen zum israelischen Geheimdienst, hat vor einigen Monaten im Sunday Express enthüllt, dass Sharon das Militär angewiesen habe, sich auf die Vertreibung Hunderttausender von Palästinensern nach Jordanien vorzubereiten. Sharon glaubt, dass ihm ein Krieg gegen den Irak den Vorwand und die »Ausrede« für diese ethische Säuberung geben werde, da er die Palästinenser für eine »totale inakzeptable Gefahr für die Sicherheit Israel« hält.

... machttrunkene Militärführung in Israel

Wie weit die strategischen Überlegungen in Israel bereits gehen, zeigen die Haltung von Mossad-Chef Ephraim Halevy, die er am 16. Dezember 2001 auf einer Konferenz des »Institute of Policy and Strategy« in Israel dargelegt hat. Er sagte, dass am 11. September 2001 ein Weltkrieg ausgebrochen sei, »in dem die alten Regeln des Krieges nicht mehr gelten. (...) Dies wird kein typischer Krieg mehr sein, in dem der geschlagene Feind zu Friedensgesprächen eingeladen wird.« Diese Krieg gehe gegen den Terror. Wer die Ziele sind, dazu erklärte Halevy: »Länder werden gezwungen werden, sich entweder für die Seite des Terrors oder für das 'Powerhouse of the United States' zu entscheiden.« Ein anderer wichtiger Berater Sharons ist sein Sprecher Ra'anan Gissin. Auf einer Vortragstour durch die USA erklärte er am 27. April 2002 gegenüber der Zeitung *Arizona Star* Folgendes: »Wir haben in den letzten 18 Monaten einen Krieg geführt, welcher der Vorbote des III. Weltkrieges ist. Die Welt wird kämpfen müssen, ob es ihr gefällt oder nicht. Ich bin ganz sicher.« Wie machttrunken die israelische Militärführung ist, zeigt die Rede des Generalstabschefs Yaalon vor der Konferenz der Rabbiner: »Israel ist eine regionale Supermacht.



Es ist eine militärische Supermacht, eine wirtschaftliche Supermacht, eine kulturell-geistige Supermacht.« (Ynet vom 25. August 2002). Alle diese Äußerungen zeigen, dass die israelische politische Elite bereit ist, konventionelle und nicht-konventionelle Maßnahmen zu ergreifen, wobei offensichtlich ist, dass sie bereit ist, selbst viele Israelis zu opfern, um ihre Ziele zu erreichen.

Die westeuropäisch-US-amerikanisch beeinflusste Klasse tut aus historischen Gründen nichts oder zu wenig gegen die Strangulierung eines kolonisierten Volkes. Dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Volk auf grausamste Weise seiner Rechte beraubt wird und die aufgeklärte Weltöffentlichkeit dazu schweigt, ist der wirkliche Skandal. Dabei bietet sich der Vergleich mit Südafrika geradezu an. Das weiße Rassistenregime in Südafrika hätte niemals gewagt, F-16-Kampfbomber, Apache-Kampfhubschrauber und Panzer sowie anderes schweres militärisches Gerät »Made in USA« und »payed by the US« gegen vermeintliche Terroristen und Zivilisten einzusetzen. Israel tut es mit Billigung der USA und eines Teils der Europäischen Union. Die Schuld- und Verantwortungsfrage wird dabei auf den Kopf gestellt. Von den Unterdrückten erwartet man die Akzeptierung der Bedingungen der Unterdrücker! Eine solche »Logik« hat es in der modernen Kolonialgeschichte bisher nicht gegeben.

Die Existenz des palästinensischen Volkes ist gefährdeter als je zuvor

Das palästinensische Volk hat seit der Besetzung seines Landes im Sechs-Tage-Krieg schweres Leid ertragen müssen. Seine Existenz ist gefährdeter als jemals zuvor. Seit Ausbruch der Al-Aqsa-

Intifada hat es einen hohen Blutzoll zahlen müssen. Auch die Israelis wurden erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Über 1900 Tote auf palästinensischer und zirka 665 Tote auf israelischer Seite sind zu beklagen, von den fast 40.000 Verletzten auf palästinensischer und über 6000 auf israelischer Seite und den Verwüstungen in den besetzten Gebieten gar nicht zu reden. Die Infrastruktur der Autonomiebehörde wurde völlig zerstört. Die aktuellen Menschenrechtsverletzungen, die von der israelischen Besatzungsmacht begangen werden, sind unvorstellbar. Für diese Tragödie tragen die politischen Eliten in Israel und zum Teil die Autonomiebehörde die politische Verantwortung.

Ethnische Säuberung als Konzept der israelischen Regierung

Seit Monaten wird in Israel und selbst im Parlament, der Knesset, offen über einen Transfer der Palästinenser, sprich Vertreibung oder ethnische Säuberung im Rahmen eines Krieges gegen den Irak diskutiert. Der Transfer-Gedanke ist der zionistischen Bewegung von Beginn an inhärent gewesen. Alle wichtigen zionistischen Politiker haben sich darüber geäußert, einige radikaler als andere. Im Rahmen eines Krieges gegen den Irak böte sich eine gute Gelegenheit, die zweite Hälfte von 1948 zu vollenden. Schon 1989 hat Benjamin Netanyahu Studenten der Bar-Ilan-Universität erklärt: »Israel should have exploited the repression of the demonstrations in China, when World attention focused on that country, to carry out mass expulsions among Arabs of the territories.« Der ermordete Tourismusminister Zeevi war der Vorsitzende der Moledat-Partei (Vaterland), die als einzigen Programmpunkt den Trans-

fer der Palästinenser proklamierte. Wie weit der Transfer als Lösung des Konfliktes innerhalb der israelischen Bevölkerung verbreitet ist, zeigen Umfragen, in denen sich über 40 Prozent dafür aussprechen. Besorgte Stimmen wie die des Soziologie-Professors Baruch Kimmerling oder des Militärhistorikers Martin van Creveld prognostizieren eine bevorstehende Vertreibung im Rahmen eines Krieges gegen den Irak. 125 israelische Intellektuelle haben erst kürzlich in einem Aufruf ihrer Sorge über eine erneute Vertreibung zum Ausdruck gebracht, dass Israel im »Nebel« eines Krieges »weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bis zur vollständigen ethnischen Säuberung« begehen könnte.

Meron Benvenisti, der frühere stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem, hat ebenfalls am 15. August 2002 in *Haaretz* vor einem möglichen Transfer-Szenario gewarnt: »Ein amerikanischer Angriff auf den Irak gegen die arabische und weltweite Opposition und eine israelische Einbeziehung, wenn auch nur symbolisch, führt zum Zusammenbruch des Haschemitischen Regimes in Jordanien. Dann verwirklicht Israel die alte 'Jordanien-Option', indem es Hunderttausende von Palästinensern über den Jordan vertreibt ... Jeder, der eine solche ethnische Säuberung als ein schreckliches Verbrechen betrachtet, muss seine Stimme jetzt erheben, ohne irgendein 'Wenn und Aber', das so typisch ist für die Reaktionen auf die Bestrafungsaktionen, die bereits jetzt schrittweise in immer einschneidenderer Form durchgeführt werden.« Wie wird wohl die internationale Staatengemeinschaft reagieren, wenn die Vertreibung der Palästinensern auf der israelisch-amerikanischen Agenda steht?

Sharon hat in einem äußerst aufschlussreichen Interview, das am 13. April 2001 gleichzeitig in den Tageszeitungen *Haaretz* und *Maariv* veröffentlicht worden ist, folgendes erklärt: »The war of independence has not ended. If you ask me whether the State of Israel is capable of defending itself today, I say yes, absolutely. And if you ask me whether the State of Israel is facing the danger of war, I say no.« In der internationalen Öffentlichkeit wird immer wieder behauptet, es gebe einen neuen Sharon. Was sagt der Betroffene selbst dazu: »No, there is nothing new, I have always been the way I am. I have not changed one jota. There is no new Sharon. There was just demonization ... I have not changed my viewpoint. The only thing that has changed is my opinion about 'Jordan is Palestine'. And even that, simply because a fact was created. You know, I never intended for there to be two Palestinian States. That is the only change in my position.« Sharon, so in diesen Interviews, will den Palästinensern 42 Prozent für ihren »Staat« geben. Nicht eine Siedlung werde aufgelöst. »You know, it's not by accident that settlements are located where they are. The settlements were established according to the conception that we have to hold the western security area, which is adjacent to the Green Line, and the eastern security area along the Jordan River, and the roads linking the two. And Jerusalem, of course. And the hill acquifer.« Es könne keinerlei Zugeständnisse in Bezug auf Jerusalem geben. Sharon kann sich ein Zusammenleben mit den Palästinensern nur dann vorstellen, wenn sie an den »zionistischen Traum« glauben!

Die destruktiven Ideen eines Transfers haben auch schon Einzug in die US-amerikanische Öffentlichkeit gefunden. Der Mehrheitsführer im



US-Repräsentantenhaus, Dick Armei ein republikanischer Abgeordneter von Texas, hat am 2. Mai 2002 in der Sendung *Hardball* auf MSNBC Folgendes in einem Interview geäußert: »I'm content to have Israel grab the entire West Bank.« In den verschiedenen arabischen Ländern gebe es genügend Land, um einen Palästinenserstaat zu gründen. Auf die Frage, ob die Palästinenser ihr Land verlassen sollten, antwortete Armei: »That's right ... I happened to believe that the Palestinians should leave.« Auf Nachfrage, ob er dies tatsächlich meine, antwortete Armei mit »Yes«. Wie sich die amerikanische Sichtweise noch einseitiger auf die Seite Israels geschlagen hat, zeigt die Aussage von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der von so genannten besetzten Gebieten gesprochen hat. Bisher galten die Gebiete immerhin noch als »umstrittene«, obwohl hier das Völkerrecht völlig eindeutig ist. Aber wie Sie wissen, gilt Völkerrecht nur, wenn es US-amerikanischen Hegemonial- und Machtinteressen dient. Wie eindeutig sich die Bush-Regierung auf die israelische Linie festgelegt hat, zeigt die Tatsache, dass Bush das »Jerusalem-Gesetz« am 1. Oktober unterzeichnet hat, in dem die Verlegung der US-Botschaft von Tel-Aviv nach Jerusalem geregelt ist. Seit der Eingabe des Gesetzes im Jahre 1999 hatte sich Clinton ge-

weigert, es zu unterzeichnen, um die Araber nicht zu verletzen. Dass Bush es in dieser Situation und so unverhohlen tut, zeigt, wie unwichtig ihm die Meinung der arabisch-muslimischen Welt ist. Aber hat nicht Bush Sharon einen »Mann des Friedens« genannt? Bundeskanzler Gerhard Schröder hat am 26. August 2002 in der Tageszeitung *International Herald Tribune* auf die Frage, ob Deutschland Israel zu Hilfe kommen werde, wenn es vom Irak angegriffen wurde, geantwortet: »Wenn Freunde angegriffen werden, ist klar, dass wir helfen.« Rät ein wahrer Freund nicht schon vom Fahren in betrunkenem Zustand ab, bevor er nach einem Zusammenprall den Krankenwagen rufen muss?

(Dieser Text ist die leicht ergänzte und bearbeitete Fassung eines Vortrages, den Dr. Watzal am 24.10.2002 auf Einladung der GÖAB in Wien gehalten hat.)